

**4. April 1951 Demonstration.** Frauen-Demo gegen Remilitarisierung; 500 bis 700 Frauen demonstrieren vor dem Bundeshaus in Bonn – es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

**18. April 2001 Entschuldigung.** 55 Jahre nach Gründung der SED entschuldigt sich die PDS-Führung für Repressalien und politische Täuschung - der Zusammenschluss von KPD und SPD im April 1946 sei ein stalinistisch geprägter Prozess gewesen.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

6. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

5. April 2011

## **SPD in Sachsen-Anhalt verpasst die Chance auf durchgreifenden Politikwechsel und stützt stattdessen die Regierung Merkel**

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nimmt die Entscheidung der SPD, Sondierungsgespräche zu verweigern und stattdessen eine Neuaufgabe der Koalition mit der CDU anzustreben, zur Kenntnis.

In allen bisherigen vier Wahlen des Jahres 2011 haben die Bürgerinnen und Bürger klar entschieden: Sie wollen einen nachhaltigen und zügigen Umstieg auf erneuerbare Energien, Mindestlöhne und gute Arbeit, mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit in der Bildung, eine Verbesserung der Kinderbetreuung und mehr direkte Demokratie.

In allen Wahlen gab es für die Parteien, die mit diesen Inhalten ihren Wahlkampf geprägt haben, deutliche Mehrheiten.

Die Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrem Votum der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ihre Zustimmung auf unübersehbare Weise verweigert. Bei drei Wahlen erlitt die CDU deutliche, zum Teil dramatische Verluste. Die FDP wurde aus zwei Landtagen herausgewählt und in Baden-Württemberg in ihrem Stimmpotenzial hal-

biert. In der Mitte der Legislaturperiode steht die Merkel-Westerwelle-Bundesregierung vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik.

In dieser Situation entscheidet sich die SPD in Sachsen-Anhalt für eine Koalition mit der CDU und damit für eine von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht gewollte Unterstützungslieferung für diese Bundesregierung. Sie ist damit mitverantwortlich dafür, dass der unsozialen und umweltfeindlichen Politik von CDU und FDP auf Bundesebene nicht schnell und spürbar ein Gegengewicht im Bundesrat entgegengesetzt werden kann. Eine durchgreifende Verbesserung der Situation der öffentlichen Kassen, vor allem in Ostdeutschland, und damit die Grundlage für Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur, die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und der Ausstieg aus der Kernenergie können aber dauerhaft und verlässlich nur mit anderen Mehrheiten auf Bundesebene erreicht werden.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Regierungsfähigkeit der CDU in

Sachsen-Anhalt allein an der Integrationsfigur Wolfgang Böhmer hing. Mit seinem Abtritt werden beschämende und Politikverdrossenheit befördernde Macht- und Postenspiele in der CDU offenbar. Insbesondere der Umgang mit dem protokollarisch höchsten Amt des Landes, dem des Landtagspräsidenten, kann nur als würdelos bezeichnet werden.

Die Landtagsfraktion der CDU ist gespalten, Reiner Haseloff bereits wenige Tage nach der Wahl durch die eigene Partei beschädigt.

Diese CDU ist regierungsunfähig und auf Dauer eine Belastung für eine erfolgreiche Landespolitik.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird die Oppositionsführerschaft wie schon 2006 ohne Zögern annehmen. Heute schon ist klar, dass diese Landesregierung froh sein kann, wenn sie die gesamte Legislaturperiode überlebt.

Eine gestaltende Politik ist von ihr nicht zu erwarten. Es bleibt das Geheimnis der SPD, warum sie der LINKEN in Sachsen-Anhalt den Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt abspricht, weiter auf Seite -3-

**aus der Stadtratsfraktion:**

## Aus der Stadtratssitzung am 30.03.2011

Der Stadtrat hat keine neuen Beigeordneten für Planen und Bauen gewählt! Offiziell wurde ein Geschäftsordnungsantrag zur Verschiebung des Wahltermines durch die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM eingebracht und eine absolute Mehrheit des Stadtrates schloss sich diesem Antrag an. Begründet wurde der Antrag mit noch erheblichen Erörterungsbedarfen. Gleichzeitig wurde ein Dringlichkeitsantrag der Verwaltung angenommen, dass zur Stadtratssitzung am 25. Mai 2011 gewählt wird! Auf eine diesbezügliche Anfrage erläuterte die Oberbürgermeisterin, dass es keine neue Ausschreibung geben wird, aber durchaus weitere Vorschläge durch die Fraktionen eingebracht werden können.

Gewählt wurde aber die Besetzung des Beirates der Stadion Halle Betriebs GmbH. Für unsere Fraktion wird Rüdiger Etingshausen wirken.

Ohne Diskussionen wurden der Bebauungsplan 32.8. Heide-Süd, mehrere Widmungen von Wegen zur Gemeindestraße und die Vorlage „Stadtumbaugebiete nördliche und südliche Innenstadt: kommunale Richtlinie und Abgrenzung von Fördergebieten zur Gebäudesicherung im Rahmen der Stadtumbau-Ost - Abriss- und Aufwertungsrichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt“ beschlossen.

Heftige Diskussionen gab es erwartungsgemäß zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12. Mit dieser Vorlage soll die „Jäger-

platz-Schule“ geschlossen werden. Hendrik Lange erhob - wie andere Mitglieder von Fraktionen auch - Vorwürfe gegen die Verwaltung, weil es in diesem Entscheidungsprozess erhebliche Kommunikationsprobleme gab. Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung argumentierte, dass es „Zahlen“ gibt, an die man sich halten muss! Zugleich teilte er mit, dass der Saalekreis inzwischen einen Antrag zur Nutzung der „Jägerplatz-Schule“ gestellt hat. Innerhalb der Diskussion stellte Herr Bönisch etwas überraschend den Geschäftsordnungsantrag, diese Vorlage zu verschieben, damit nochmals Klärungen eingeholt werden können. Unsere Fraktion stimmte dagegen, weil der Prozess nur hingezogen wird. Hendrik Lange betonte, dass eine neue Situation nicht eintritt! Wichtig ist eine heutige Entscheidung, damit der politische Wille zum Ausdruck kommt und vor allem Kinder wieder an die Schule „zugeführt“ werden können. Der Antrag wurde mit 25 zu 24 Stimmen angenommen. Nun wird die Schulentwicklungsplanung ggf. im nächsten Stadtrat beschlossen.

Angenommen wurde auch die Vorlage zur Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII.

Der Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Arbeitsweise der Führungsebene der Stadtverwaltung wurde durch die CDU-Fraktion in den Hauptausschuss verwiesen.

Swen Knöchel sprach dazu und betonte, dass solche Angelegenheiten intern zu klären sind bzw. im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses oder Stadtrates.

Die „Singschule“ bewegte nicht nur EinwohnerInnen in der Bürgersprechstunde. Es gab einen Prüfungsantrag von Frau Dr. Bergner, CDU, zur Herauslösung des Kinderchores aus der Singschule und einer Eingliederung in die Theater, Oper und Orchester GmbH. Unsere Fraktion stellte den Änderungsantrag zu prüfen, die Singschule bzw. Teile der Singschule an einen anderen Träger zu übertragen. Dies könnte die Theater, Oper und Orchester GmbH oder auch ein anderer Träger sein. Rudenz Schramm begründete den Antrag im Stadtrat.

Scharfe Kritik gegen die Anträge an sich gab es seitens der FDP!

Bodo Meerheim kritisierte in der Diskussion, dass er den Eindruck hat, dass mancher Stadtrat die Anträge nicht richtig liest!! Er versuchte unseren Antrag auf sehr „sachliche Füße“ zu stellen, weil es in der Diskussion dazu verschiedene Irritationen gab. Nach kontroverser Diskussion wurde dem Antrag von Frau Dr. Bergner, CDU, zugestimmt, unser Änderungsantrag unterlag!

Der Antrag unserer Fraktion zur Fortführung des Modellprojektes Mobilitätsmanagement in der Region Halle/Leipzig wurde zur weiteren Beratung in den Planungsausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

## Elisabeth Nagel - Stadträtin



### 1. Elisabeth, Du bist in Deiner 2. Amtszeit als Stadträtin in Halle tätig. Wo liegen Deine Schwerpunktaufgaben?

Im Gegensatz zu manch anderem in der Fraktion habe ich keinen ausgesprochenen Schwerpunkt. Wenn ich unbedingt einen benennen soll, dann sag ich mal „Zahlen“. Denn in zweieinhalb meiner Ausschüsse bzw. dem Aufsichtsrat, in dem ich sitze, geht es um Zahlen: Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Stadtwerkeaufsichtsrat.

### 2. Du bist Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

der Stadt Halle. Das klingt etwas „trocken“ für Außenstehende.

Womit beschäftigt sich der Ausschuss besonders und aktuell? Der Ausschuss beschäftigt sich u.a. mit den Jahresrechnungen der Stadt. Und auf die des Jahres 2010 „warten“ wir gerade. Dazu kommen noch Prüfungen zu Gutachterkosten, Vergaben, die die Stadt im letzten Jahr getätigt hat und häufig auch Prüfungen, die im Zusammenhang mit Geldern stehen, die die Stadt an Träger gezahlt hat. Klingt immer noch „trocken“?!

### 3. Was macht die Stadträtin Elisabeth Nagel, wenn sie neben Arbeit und Ehrenamt noch etwas Zeit übrig hat?

In letzter Zeit viel mehr Sport – Joggen, Wasserski, schwimmen, ND lesen, Bücher lesen. Sozialkontakte pflegen. In wechselnder Reihenfolge.

## SPD in Sachsen-Anhalt verpasst die Chance...

Fortsetzung von Seite 1

in Baden-Württemberg aber zur gleichen Zeit wie selbstverständlich als drittstärkste Kraft diese Funktion der zweitstärksten Partei, den GRÜNEN, überlässt.

DIE LINKE hatte der SPD faire und konstruktive Gespräche auf Augenhöhe angeboten, die SPD hat darauf mit strikter Ablehnung und Arroganz reagiert. Die SPD hat damit einen Politikwechsel unmöglich gemacht.

Mit der Entscheidung der SPD in Sachsen-Anhalt ist das Gesprächsangebot des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE hinfällig.  
Magdeburg, 29. März 2011  
Einstimmiger Beschluss des Landesvorstandes

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - täglich  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
31.03.2011  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.04.2011

### Ausstellung bis 21. April im Ratshof, 2. Etage

„Aufbruch der Demokratie - Demo-Sprüche von der friedlichen Revolution 1989 bis zur Volkskammerwahl 18. März 1990“



Am Sonntag, dem 20. März trafen sich Mitglieder unseres Stadtverbandes und Sympathisanten aus anderen linken Parteien auf dem Friedhof Ammendorf zum Gedenken an die Märzgefallenen aus dem Jahre 1921.

**DIE LINKE.**  
**Frau Merkel,**  
**keine**  
**Unterstützung**  
**für den Krieg!**

## Mehrheiten alleine reichen nicht, sie wollen auch genutzt sein

Nicht immer nach dem Verziehen des Rauches ist es so, dass Konturen sogleich klarer werden. Am Sonntagabend noch, wohl unter dem Eindruck des Wahlergebnisses stehend, erklärte SPD-Fraktions- und -Landeschefin Katrin Budde, ihre Partei werde mit CDU und LINKEN sprechen. Nur 24 Stunden später ein ganz anderes Bild: Der Landesvorstand beschließt über Sondierungsgespräche ausschließlich mit der CDU, ob die dann mit der LINKEN überhaupt noch notwendig seien, werde man eine Woche später entscheiden. Eine Woche später – also nach den Landtagswahlen im Südwesten der Republik.

Aber zurück zum Wahlabend: Zwei Ergebnisse waren es zuallererst, die wohl übergreifend zu Befriedigung, wenn nicht zu Freude führten. Die Wahlbeteiligung kletterte wieder über die 50 %, was aber nicht darüberhinwegtäuschen kann, dass es noch immer die zweitniedrigste im bundesdeutschen Allzeitvergleich bleibt. Und – die NPD konnte, wenn auch nur sehr knapp, gestoppt werden, ihr Einzug in den Landtag wurde von den Wählerinnen und Wählern verhindert.

Bemerkenswert auch dies: Die FDP als entschiedenste neoliberale Kraft wurde überdeutlich aus dem Landtag verbannt, die Grünen – im Wahlkampf oftmals recht nahe an den Positionen der LINKEN – ziehen mit Fraktionsstärke in selbigen ein. Damit, und das ist nicht zu unterschätzen, gibt es im Landtag jenseits der CDU eine sehr klare Mehrheit für gesetzlichen Mindestlohn und existenzsichernde Löhne, von denen man in Würde leben

kann, für das so notwendige längere gemeinsame Lernen, für eine echte Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, für einen konsequenten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie.

Wie diese Mehrheit in politisches Handeln umgemünzt werden kann, das auch zu realen Veränderungen in Sachsen-Anhalt führt, liegt einzig und allein bei der SPD. Alle Zeichen deuten im Moment darauf hin, dass sie sich erneut der CDU zuwenden dürfte. Dass sie damit das eigene Wahlprogramm buchstäblich in die Tonne tritt, muss sie selbst verantworten, vor allem gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern. Da wird das absehbare wortreiche Erläutern von denkbaren Minimalkompromissen kaum beschwichtigen können, und es steht zu befürchten, dass eine Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD, wie schon im Jahr 2006, erneut von unzähligen Prüfaufträgen überquellen könnte. Es scheint der SPD egal, dass sie selbst für andere Ziele gewählt wurde, und damit läuft sie Gefahr, sich selbst weiter zu marginalisieren. Mit der Entscheidung, keinen linken Ministerpräsidenten zu wählen, hat sich die SPD selbst blockiert, sich ihren politischen Handlungsspielraum genommen. Wachsendes Ansehen wird ihr das kaum einbringen. Und warum eigentlich macht die SPD nicht endlich gegenüber der CDU die Forderung auf, diese solle gefälligst SPD-Spitzenmann Jens Bullerjahn zum Ministerpräsidenten wählen? Das wäre doch nur folgerichtig, schließlich war auf allen Wahlplakaten zu lesen, Bullerjahn sei dran. Wenn der

Schwanz schon mit dem Hundewedelt, dann aber doch bitte auch konsequent! Eigenartigerweise bedenken dies auch all jene nicht, die jetzt DIE LINKE ermutigen wollen, doch in der Ministerpräsidentenfrage endlich über ihren Schatten zu springen. Einmal völlig abgesehen von den Thüringer Erfahrungen – wenn dieses Szenario durchgezogen würde, hätten Wählerinnen und Wähler für sich ein weiteres Argument für künftige Wahlverweigerung. Denn dies wäre nichts anderes als die Ansage: Liebe Leute, ihr könnt doch wählen, was ihr wollt, wir machen im Anschluss unser Ding doch so, wie wir es selbst wollen. Nein, eine Koalition muss ihren inneren Zusammenhalt in Inhalten festmachen, alles andere endet auch nur in einer subtilen Form von Wahlbetrug. DIE LINKE selbst hat ein ordentliches Ergebnis eingefahren. Das Ziel, stärkste Partei im Lande zu werden, wurde nicht erreicht, aber der zweite Platz konnte vom Stimmenanteil her nahezu unverändert verteidigt werden, absolut konnte DIE LINKE etwa 20.000 Stimmen mehr auf sich vereinigen, als im Jahr 2006. In vorangegangenen Umfragen wurde deutlich, dass ca. 22 % ein rot-rotes Bündnis unter Führung der LINKEN begrüßen würden. Das bedeutet aber zugleich, dass 78 % genau dies nicht wünschen. Auch das findet seinen Ausdruck im Wahlergebnis.

Für DIE LINKE kann die Konsequenz nur so lauten: In den letzten Jahren wurde in intensiver Arbeit ein solides inhaltliches Politik-Fundament gelegt, das mit einem enormen Zuwachs an Kompetenz auf

vielen Feldern verbunden ist. Klar sollte dabei aber immer sein, dass die Kompetenzfrage nicht allein auf die Landespartei zu reduzieren ist, hier bleibt auch die Bundespartei in

der Pflicht.

Es gilt, Wege zu finden und zu eröffnen, um dies in eine weiter anwachsende gesellschaftliche Akzeptanz umzuwandeln, dann

wird sich auch linker Regierungsanspruch gesellschaftlich anders und breiter reflektieren. Ja, da sind sie wieder, die Mühen der Ebene ...  
thomas drzisga

## Resolution des Parteivorstandes vom 20. März 2011

### Stoppt den Krieg in Libyen! Frau Merkel, keine Unterstützung für den Krieg!

Es ist wieder Krieg. Bomben werden abgeworfen, Raketen geschossen. Die Kette der Kriege – Jugoslawien, Irak, Afghanistan und jetzt Libyen – zeigt, dass Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist. Frankreich, Großbritannien und die USA bomben auf Ziele in Libyen.

DIE LINKE hatte gewarnt:

Flugverbotszonen wären der erste Schritt in einen Krieg. Wer die Luftwaffe von Gaddafi am Boden halten will, muss sie ausschalten – das heißt Krieg. Die laufende AWACS-Aufklärung der NATO über Libyen mit deutscher Beteiligung heißt Aufklärung von Bombenzielen.

Die Nato soll eingreifen – und zusätzlich wird eine Koalition der Willigen formiert. Vieles erinnert an den Irak-Krieg. Bundeskanzler Schröder schickte keine Truppen in den Irak, seine Regierung half aber – wo immer möglich –, den Krieg zu führen. Unter Bundeskanzlerin Merkel hat Deutschland sich im Weltsicherheitsrat der Stimme enthalten. Aber Deutschland hilft wieder, den Krieg zu führen, indem die Regierung die NATO in Afghanistan entlastet und Überflugrechte gewährt. Merkel macht den Schröder. Es ist eine Schande, dass Grüne und SPD am aggressivsten für den Krieg werben. DIE LIN-

KE sagt: Krieg darf kein Mittel der Politik sein, weder in Libyen noch in Afghanistan!

Wir haben gelernt aus den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien, den Irak und Afghanistan: Mit Bomben und Raketen werden Menschenrechte nicht gesichert, sondern Menschenleben vernichtet. DIE LINKE hat Nein gesagt zu den Kriegen. DIE LINKE ist ganz konsequent gegen militärische Interventionen der EU oder der NATO in Libyen. DIE LINKE will die Bundeswehr aus Afghanistan zurückholen und statt eines neuen Krieges in Nordafrika wollen wir die Opposition gegen autoritäre Regime wie Saudi-Arabien, Bahrein, Libyen oder Jemen bestärken. Deutschland darf sich nicht am Krieg gegen Libyen beteiligen und auch nicht deutsche Soldaten für das AWACS-System nach Afghanistan schicken.

Was kann getan werden? DIE LINKE hat im Bundestag vorgeschlagen, den Export von Waffen und Rüstungsgütern in den gesamten Nahen Osten sofort und dauerhaft zu stoppen. Das kann ein erster Schritt zum weltweiten Waffenexportverbot sein. DIE LINKE will sofort den Export und Import von Öl aus Libyen in die Europäische Union stoppen. Wenn kein Öl mehr fließt und kein Geld mehr kommt, wächst die politische Vernunft. DIE LINKE will, dass sich Europa und Deutschland für Flüchtlinge öffnen. Der Krieg stärkt Gaddafis autori-

täre Herrschaft. DIE LINKE ist solidarisch mit den Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit für eine freie, demokratische und sozial gerechte Heimat eintreten.

Deutschland hat mit den Diktatoren in der arabischen Region nicht nur verhandelt, sondern bis fünf nach zwölf paktiert. Deutschland hat Waffen und Ausrüstungen geliefert und Ausbildungen durchgeführt. Deutsche Waffenexporte, Ausbildungs- und Ausstattungshilfen müssen sofort beendet werden. Der deutschen Politik war es gleichgültig, dass in diesen Ländern Demokraten verfolgt wurden, in den Gefängnissen saßen und noch sitzen, dass in diesen Ländern gefoltert wurde und wird, dass Frauen unterdrückt werden. Auch im Krieg paktiert Deutschland mit Saudi-Arabien. Saudi-Arabien mordet mit seinen Truppen Aufständische in Bahrein. Saudi-Arabien unterdrückt alle demokratischen Bewegungen im eigenen Land. Das wird vom Westen toleriert.

Das muss sich ändern! Eine neue Politik gegenüber der Region ist notwendig. Die Revolution in Ägypten und Tunesien war das Werk der Demokraten in diesen Ländern. Es war ihre Revolution! Wir sind solidarisch mit ihnen, wir unterstützen sie weiterhin politisch auf ihren Wegen zu wirklich demokratischen Verhältnissen, und wir wollen von ihnen lernen.

**Linkes Blatt für Halle Seite - 6 - / 1. Aprilausgabe**

	2011					2006				
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
Nördliche Neustadt	12.844	38,9%	1.640	33,6%	12,8%	13.065	33,0%	1.511	35,8%	11,6%
Südliche Neustadt	11.672	34,8%	1.358	34,3%	11,6%	13.193	31,5%	1.401	34,4%	10,6%
Westliche Neustadt	12.236	39,3%	1.547	33,2%	12,6%	14.142	32,4%	1.536	34,4%	10,9%
Nietleben	2.257	54,8%	274	22,6%	12,1%	2.237	47,2%	227	21,7%	10,1%
Dörlau	3.355	60,9%	344	17,1%	10,3%	3.299	52,5%	327	19,2%	9,9%
Südliche Innenstadt	15.533	39,2%	1.231	20,6%	7,9%	15.156	34,1%	1.229	24,2%	8,1%
Trotha	6.019	45,3%	723	27,1%	12,0%	6.208	40,6%	639	26,1%	10,3%
Indusdriegebiet Nord	256	36,3%	27	29,4%	10,5%	263	29,3%	24	32,0%	9,1%
Lutherplatz	6.975	34,6%	551	23,6%	7,9%	6.685	35,5%	622	26,7%	9,3%
Gesundbrunnen	9.117	48,4%	972	22,5%	10,7%	8.805	41,8%	838	23,2%	9,5%
Lettin	1.048	54,0%	148	26,5%	14,1%	1.066	48,2%	126	25,0%	11,8%
Heide-Nord	4.945	36,6%	529	29,9%	10,7%	5.813	30,9%	533	30,6%	9,2%
Saaleue	360	48,3%	40	23,4%	11,1%	270	45,9%	23	18,5%	8,5%
Kröllwitz	4.175	57,7%	367	15,4%	8,8%	3.866	53,4%	352	17,3%	9,1%
Heide-Süd	3.300	65,8%	469	21,8%	14,2%	2.723	62,7%	381	22,6%	14,0%
Altstadt	3.973	43,1%	294	17,5%	7,4%	3.822	37,3%	289	20,5%	7,6%
Nördliche Innenstadt	11.970	45,9%	905	16,8%	7,6%	10.644	40,4%	799	18,9%	7,5%
Paulusviertel	9.224	53,2%	727	15,1%	7,9%	8.397	48,5%	723	18,1%	8,6%
Wasserturm/Thearviertel	722	43,8%	75	24,5%	10,4%	678	37,3%	46	18,5%	6,8%
Landrain	2.946	51,7%	413	27,6%	14,0%	3.033	49,1%	423	29,0%	13,9%
Frohe Zukunft	2.915	54,5%	335	21,7%	11,5%	3.040	48,3%	315	21,7%	10,4%
G.-Keller-Siedlung	1.569	54,6%	188	22,3%	12,0%	1.617	46,6%	178	24,0%	11,0%
Giebichenstein	7.746	53,1%	655	16,1%	8,5%	7.348	46,7%	542	16,0%	7,4%
Seeben	1.022	58,9%	137	23,4%	13,4%	1.042	51,0%	138	26,8%	13,2%
Tornau	199	44,7%	20	22,5%	10,1%	217	34,6%	16	21,9%	7,4%
Mötzlich	433	51,0%	44	20,6%	10,2%	423	42,8%	35	19,6%	8,3%
Freiimfelde/ Kanenaer Weg	2.051	38,2%	189	24,8%	9,2%	1.963	32,5%	160	26,0%	8,2%
Diemitz	1.471	41,6%	148	25,0%	10,1%	1.496	35,2%	87	16,8%	5,8%
Dautzsch	1.590	60,3%	220	23,3%	13,8%	1.577	53,5%	174	21,0%	11,0%
Reideburg	2.101	51,3%	223	21,3%	10,6%	2.152	42,7%	205	22,9%	9,5%
Büschdorf	3.658	54,1%	378	19,6%	10,3%	3.444	45,7%	336	21,7%	9,8%
Kanena/Bruckdorf	1.229	46,5%	119	21,4%	9,7%	1.258	37,8%	92	20,0%	7,3%
Dieselstraße	531	50,3%	56	21,1%	10,5%	556	41,5%	53	23,6%	9,5%
Südstadt	14.162	41,5%	1.696	29,7%	12,0%	15.166	38,1%	1.780	32,0%	11,7%
Damaschkestraße	7.693	49,9%	920	24,5%	12,0%	7.694	43,5%	839	25,6%	10,9%
Ammendorf/Beesen	6.028	44,8%	618	23,4%	10,3%	6.523	38,6%	658	26,7%	10,1%
Radewell/Osendorf	1.529	47,3%	186	26,6%	12,2%	1.586	43,0%	200	29,8%	12,6%
Böllberg/Wörmlitz	2.188	40,2%	217	25,2%	9,9%	2.124	38,5%	200	24,9%	9,4%
Silberhöhe	11.117	29,9%	1.098	34,3%	9,9%	12.951	26,1%	1.153	35,0%	8,9%
Briefwähler			4.055					3.185		
<b>Gesamt</b>	<b>192.159</b>	<b>52,9%</b>	<b>24.136</b>	<b>24,2%</b>	<b>12,6%</b>	<b>195.542</b>	<b>45,4%</b>	<b>22.395</b>	<b>25,8%</b>	<b>11,5%</b>

1 – Wahlberechtigte; 2- Wahlbeteiligung; 3 – Stimmen DIE LINKE, 4 – Anteil an den abgegebenen Stimmen; 5 – Anteil an Wahlberechtigten

**Leserbrief:**

Der „Kuschelwahlkampf“ in Sachsen-Anhalt ist vorbei. Er brachte der CDU einen grandiosen Sieg. Die LINKE hat ihre selbstgesteckten Ziele nicht erreicht. Mit einer rosaroten Brille wertet man das Ergebnis natürlich anders.

Eine Botschaft lautete „Wir werden stärkste Partei in Sachsen-Anhalt.“ Bei Umfragen wurde schnell klar, dass daraus nichts wird. Mit 23,7% der Wählerstimmen wurde DIE LINKE zweitstärkste politische Kraft im Lande. Das ist ein sehr gutes Wahlergebnis und zeugt von der Verbundenheit der Bevölkerung mit der Partei und umgekehrt. Übereinsolches Wahlergebnis tränen in anderen Bundesländern den Politikern die Augen - den einen vor Freude, den anderen vor Wut. Wir aber haben Fragen. Wie erklärt sich der Stimmenverlust der LINKEN innerhalb von zwei Monaten von 30% Umfragewert auf 23,7% real? Wurde in der Magdeburger Zentrale der Wahlauftritt im Februar verschlafen? War die Abgrenzung zu anderen Parteien nicht eindeutig genug? Konnten wir den Wähler/innen die plakatierte „soziale Alternative“ erklären? Waren unsere Angebote an Jungwähler ausreichend? Haben uns die jungen Leute massenweise gewählt?

Bei den Zweitstimmen, also der Wählerentscheidung für eine Partei, reicht die Spanne bei der Linkspartei von 31,5% im WK 36 Halle-Neustadt, Dörlau bis zu 18,7% im WK 38 Halle-Innenstadt. Von 45 Wahlkreisen in Sachsen-Anhalt wurde in einem einzigen die 30% Grenze für die LINKE überschritten: Halle-Neustadt!! Danke

## Wahl - Nachlese

den Wähler/innen und Lob den Wahlkämpfern unter Leitung von H. Schmidt. Zugleich stellen wir fest, dass der WK 38 Halle-Innenstadt Schlusslicht bei der Wahl der LINKEN ist. Wie können wir die Akzeptanz der Partei DIE LINKE in jenen Stadtgebieten erhöhen, die heute noch Schlusslicht sind? Auffallend im WK 38 ist der sehr hohe Anteil mit Grünen-Wählern mit 20%. Ihr Zugewinn ist enorm. Haben wir vergessen zu sagen, dass wir gegen Atommülltransporte sind? Haben die LINKEN bei den Protestaktionen gefehlt?

Bei den Direktmandaten wurden von der LINKEN lediglich 3 von 45 Wahlkreisen gewonnen: Salzwedel, Magdeburg I und Halle-Neustadt. Dr. U. Köck wurde von einem Drittel der Wähler/innen (33,3%) gewählt! Unsere Hochachtung dafür. Ein schöneres Lob kann ein Politiker kaum bekommen. Die geringen Erfolge der LINKEN bei den Direktkandidaten lässt den Schluss zu, dass den Kandidaten in der Gesamtheit die Zugkraft fehlte, dass nicht ausreichend genug Kompetenz vermittelt wurde. Die einzelnen Direktkandidaten der LINKEN können den Wahlergebnissen entnehmen, welchen Stand sie persönlich in der Bevölkerung haben (Köck 33,3%, Spitzenkandidat Gallert 26,2%, Landesvorsitzender Höhn 32,8%,

Stadtvorsitzender Knöchel 18,9%). Bemerkenswert: Alle vier Hallenser Direktkandidaten erhielten persönlich mehr Wählerstimmen als die Partei im gleichen Wahlkreis. Darüber sollten die Basisorganisationen sprechen. Aus Halle wurden in den Landtag gewählt: U. Köck und über die Landesliste H. Lange, S. Knöchel und H. Quade. M. Krischok kommt mit 30,4% nicht in das Landesparlament, da sie nicht über die Landesliste abgesichert war.

Voraussichtlich umfasst die Fraktion DIE LINKE 3+25 (eventuell 26) Abgeordnete. Die SPD wird 2-3 Personen kleiner sein. Für alle sichtbar: Rot + Rot = Mehrheit. Die vom Linken Blatt Halle favorisierte rot-rote Regierung in Sachsen-Anhalt hätte eine breite parlamentarische Mehrheit. Der politische Wille der Spitzenfunktionäre beider Parteien (!) war nicht ausreichend genug auf eine einheitliche Regierung gerichtet, der Druck auf die Entscheidungsträger nicht groß genug. Ein Zusammengehen der SPD mit der CDU ist für viele Wähler/innen eine Enttäuschung. „Warum sollen wir wählen gehen, wenn sich sowieso nichts ändert?“ werden sie frustriert fragen. Bei einem Zusammengehen von SPD und CDU verliert die parlamentarische Demokratie.

G. Naumann

**DIE LINKE.**  
**Stoppt den Krieg  
in Libyen!**

## Lassen wir uns nicht unterkriegen

### Die Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst haben sich in einem Brief an die Mitglieder der LINKEN gewandt:

Liebe Genossinnen und Genossen, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnten wir unser Wahlziel leider nicht erreichen. Aber wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, wir sind in 13 von 16 Landtagen vertreten und werden alles tun, bei den nächsten Wahlen auch in die Landtage von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einzuziehen.

Nicht nur unsere Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, sondern eine Vielzahl von Genossinnen und Genossen haben unermüdlich gekämpft und ihr Bestes gegeben. Wir bedanken uns bei allen, die einen sehr engagierten Wahlkampf geführt haben. Ihr habt Veranstaltungen organisiert, Geld gespendet, Flugblätter verteilt, Plakate geklebt und mit vielen Wählerinnen und Wählern über unsere Ziele gesprochen.

Aber unsere Bemühungen waren nicht umsonst. Die vielen Veranstaltungen und unzähligen Gespräche, die verteilten Materialien und Flugblätter haben dazu beigetragen, DIE LINKE und unsere Positionen bekannter zu machen. Wir werden die Gespräche, die wir im Wahlkampf geführt haben, fortsetzen. Wir werden mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern weiter über einen flächendeckenden Mindestlohn sprechen. Wir werden weiter mit den Stuttgart-21-Gegnern gegen dieses unsinnige Prestigeprojekt demonstrieren. Wir werden weiter mit Friedens-

aktivistinnen und -aktivisten gegen Atomwaffen in Rheinland-Pfalz und gegen Kriege in Libyen und Afghanistan kämpfen.

Natürlich müssen wir die Ergebnisse beider Landtagswahlen und die gesamtgesellschaftliche Situation analysieren. Das ist nicht nur eine Aufgabe des Parteivorstandes oder der Landesvorstände. Die Entscheidung von Millionen Wählerinnen und Wählern wurden in erheblichem Maße durch die Atomkatastrophe in Japan geprägt. Im Ergebnis gab es bei beiden Landtagswahlen nur einen Wahlsieger: die Grünen. Hinter den wochenlangen Bildern aus Japan, wo Menschen um ihre Existenz kämpfen und eine Atomkatastrophe noch unvorhersehbare Folgen haben wird, sind im Bewusstsein vieler Menschen Themen wie ihre Löhne, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie in den Hintergrund getreten. Das sagen uns sowohl entsprechende Umfragen als auch Genossinnen und Genossen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Dazu kam, dass uns die letzten Umfragen in Baden-Württemberg unter der 5-Prozent-Marke sahen. Wählerinnen und Wähler, die einen Regierungswechsel wollten, wählten deshalb eher SPD oder Grüne, weil ihnen das als der „sichere Weg“ für eine Abwahl von CDU-Ministerpräsident Mappus erschien.

Mit diesen Hinweisen wollen wir keinesfalls der Betrachtung weiterer Ursachen, die das Wahlergeb-

nis für uns negativ beeinflusst haben, ausweichen. Wir wollen aber deutlich machen, dass diese Wahlen in einer Ausnahmesituation stattfanden.

Welche Konsequenzen müssen wir daraus ziehen? Wir waren uns im Parteivorstand einig, dass wir in beiden Bundesländern verstärkt Mitglieder werben müssen, um noch viel stärker als Partei in Erscheinung treten zu können. Auch gut geführte Wahlkämpfe täuschen nicht darüber hinweg, dass wir in vielen Städten und Gemeinden kaum oder gar keine Genossinnen und Genossen haben. Das wollen wir in den nächsten Jahren ändern und haben bereits entsprechende Aktivitäten auf den Weg gebracht. Ob wir als Partei DIE LINKE in Zukunft erfolgreich sein werden, hängt ganz wesentlich davon ab, wie unsere Genossinnen und Genossen in ihren Betrieben, in ihren Städten, in ihren Dörfern sichtbar sind und unsere politischen Ziele erklären. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Vorstellungen einer solidarischen, gerechten und sozialen Gesellschaft, unser friedenspolitisches Engagement und unsere Forderungen nach einer demokratischen Erneuerung die Gründe sind, warum sich DIE LINKE bisher in der gesamten Bundesrepublik etablieren konnte. In diesen Themenfeldern vertreten wir mit unseren Positionen die Mehrheit der Bevölkerung und unterscheiden uns deutlich von den anderen Parteien. Hier müssen wir



unser Profil weiter schärfen und unsere Unterschiede zu den anderen Parteien deutlich machen.

Das heißt nicht, dass wir nicht auch in der Umwelt- und Energiepolitik, zu Migration und Integration und vielen anderen wichtigen Themen unsere Positionen einbringen. Im Gegenteil, das machen wir intensiv und breit aufgestellt. Doch DIE LINKE wird sich immer für Problemlösungen im Interesse derjenigen einsetzen, die für einen Lohn arbeiten müssen, von dem sie nicht

leben können, die unter unwürdigen Arbeitsbedingungen schufteten müssen, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden und dafür mit Hartz IV gedemütigt werden, die ein Leben lang gearbeitet haben und jetzt mit ihrer Rente nicht in Würde alt werden können oder die lernen wollen, aber durch das Schulsystem wegen ihrer sozialen Herkunft aussortiert werden. Genau eine solche Betrachtung macht den spezifisch LINKEN Blick aus, den nur wir haben und den wir uns

erhalten werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, lassen wir uns vom Misserfolg bei diesen Wahlen nicht unterkriegen. Nur DIE LINKE ist die Partei des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Gemeinsam und solidarisch können wir weiter daran arbeiten, unsere Ziele zu erreichen. Jetzt erst recht!

Mit solidarischen Grüßen

Gesine Löttsch und Klaus Ernst  
Vorsitzende der Partei  
DIE LINKE

**Information**

20. April, 17.00 Uhr,  
Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen;  
17 Uhr Besuch der Ausstellung im Ratshof 2. Etage;  
anschließend 17.30 Uhr im mdr -  
Funkhaus Diskussion über die Wahlergebnisse vom  
20.03.2011

**Basistreffen der BO**

**Riebeckplatz / Hofjäger**

am 13. April,  
17 Uhr,  
im Kartoffelhaus,  
Philipp-Müller-Str.44

**ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.**

**Vortrag mit Diskussion**

**20.04.2011, Beginn 18.00 Uhr,  
Kulturtreff, Am Stadion 6, 06126 Halle,  
mit Halina Wawzyniak, (MdB, Berlin)**

**Digitale Gesellschaft und demokratische Veränderungspotentiale**

Die Herausforderungen an eine Gesellschaft, die im digitalen Zeitalter angekommen ist und in der es mehr und mehr um Erlebnisproduktion denn materielle Produktion geht, werden im vorliegenden Programmwurf lediglich unter dem Punkt IV „Reformprojekte“ gestreift. In wenigen Sätzen werden neue Medien als produktiv gekennzeichnet und der Bedarf einer demokratischen Kontrolle bei gleichzeitiger Vielfalt und Freiheit postuliert. Im Kern lassen sich die wenigen Aussagen darauf reduzieren, dass DIE LINKE jedem Menschen den Zugang zum Internet und seinen Inhalten ermöglichen will. Das ist richtig und wichtig, aber nicht einmal ein Stück des Kuchens, dessen Bäckerei wir doch eigentlich wollen. DIE LINKE muss Antworten auf die Veränderung der Arbeitswelt, der Wirtschaftsordnung, der Medienlandschaft und -nutzung sowie die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme, die sich durch die Digitalisierung der Gesellschaft ergeben, finden.

**KONTAKT:**

RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594  
email: gs-halle@rosaluxsa.de

## **Halle blockt. Naziaufmarsch am 1.Mai verhindern!**

---

### **Naziaufmarsch? – Nicht mit uns!**

Neonazis der so genannten Freien Kräfte haben angekündigt am 1.Mai in Halle aufzumarschieren und einmal mehr ihre menschenverachtende Propaganda unter dem Motto „Zukunft durch Arbeit – Fremdarbeiter stoppen!“ zu verbreiten. Sie versuchen damit an bestehende Ressentiments in der Bevölkerung anzuknüpfen. Das Bündnis „Halle gegen Rechts“ hat sich zum Ziel gesetzt diesen Aufmarsch zu verhindern.

Wir können bereits auf einige Erfolge zurückblicken. So wurde dank vielfältiger Aktionen und des breiten gesellschaftlichen Schulterschlusses am 20. März verhindert, dass die NPD in den Landtag einziehen kann. Ebenso haben zahlreiche HallenserInnen durch entschlossenen und kreativen zivilgesellschaftlichen Protest am 17. Juni 2009 einen Naziaufmarsch blockiert und entscheidend behindert. Diese Erfolge gilt es am 01. Mai 2011 zu wiederholen!

### **Der 1.Mai im Nationalsozialismus**

Die Nazis instrumentalisieren den internationalen ArbeiterInnenkampftag. Arbeit galt nun als Wert „an sich“ und wurde der „Jüdischen Nicht-arbeit“ gegenübergestellt. So stand auch der von den NationalsozialistInnen 1933 eingeführte „Feiertag der nationalen Arbeit“ nicht in der Tradition der Ziele der ArbeiterInnenbewegung. Statt für menschenwürdige Verhältnisse auf die Straße zu gehen, wurde an diesem Tag die angebliche Verbindung von „Deutschtum“ und „nationaler Arbeit“ gefeiert, alle gesellschaftlichen Interessengegensätze dagegen negiert und „den Juden angelastet“. Gewerkschaften galten in dieser Logik als vom „jüdischen Bolschewismus“ beeinflusste Organisationen deren Ziel es sei „das Volk zu spalten“. So verwundert es nicht, dass bereits am 2.Mai 1933 Gewerkschaften verboten, Gewerkschaftshäuser gestürmt und GewerkschafterInnen eingesperrt und erschossen wurden. Auch in Halle wurden an diesem Tag ArbeiterInnen durch die NationalsozialistInnen erschossen.

### **Neonazistische Instrumentalisierung des 1.Mai im Jahre 2011**

Die Mobilmachung der Nazis gegen die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit hat eine altbekannte Ursache: Hass auf Menschen anderer Herkunft. Diesen Hass verpacken sie in eine sozial verbrämten Gestus: so ginge es angeblich um Arbeitsplatzsicherheit. Der Wegfall der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit jedoch, bedeutet für alle Europäerinnen und Europäer – auch die Deutschen – dass sie überall in der EU arbeiten können. Wer die Freizügigkeit als Arbeitsplatzunsicherheitsfaktor umdeutet, ignoriert die Wahrheit, denn die Lohnstandards in Deutschland sind – im Vergleich mit anderen EU-Staaten - schlicht unattraktiv.

### **Handeln, statt Wegschauen!**

Die Neonazis und ihre Ideologie verschwinden nicht einfach in dem sie ignoriert werden. Deshalb stellen wir uns ihnen an diesem Tag in Halle entgegen. Dieses Ziel eint uns. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

***Gemeinsam verhindern wir den Naziaufmarsch – bunt, gewaltfrei und phantasievoll!***

# HALLE

**BLOCKT NAZIAUFMARSCH  
VERHINDERN!**

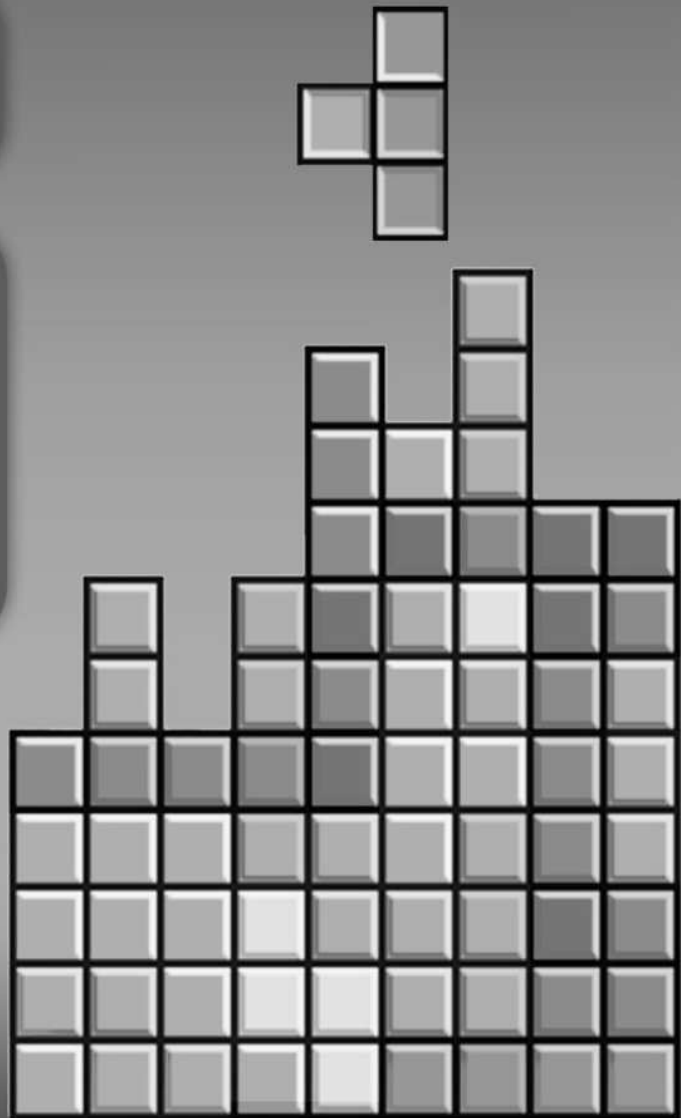
**DATE: 01.05.2011**

**LEVEL:  
GEMEINSAM  
GEGEN RASSISMUS  
UND AUSGRENZUNG**



**HALLE  
GEGEN  
RECHTS**

**BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE**



[www.halle-gegen-rechts.de](http://www.halle-gegen-rechts.de)